



Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der RWE Aktiengesellschaft am 22. April 2009

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Wir beantragen: Je dividendenberechtigter Stückaktie wird aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 2,00 Euro ausgeschüttet.

Begründung:

Nachdem 2008 bereits eine Dividende von 3,15 Euro pro dividendenberechtigter Stückaktie ausgeschüttet wurde, soll in diesem Jahr eine weitere Steigerung auf 4,50 Euro erfolgen. Eine solche Steigerung ist angesichts der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Lage unverantwortlich. Zudem fällt der Jahresüberschuss für 2008 um 110 Millionen Euro geringer aus als im Vorjahr.

RWE muss aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Mit einer höheren Eigenkapitalquote können Krisen und konjunkturelle Abschwünge besser aufgefangen werden. Die Kreditwürdigkeit wird erhöht.

Die Entwicklung zukunftsfähiger nachhaltiger Produkte erfordert mehr Eigenkapital. Die ökologisch-technischen Innovationen würden der RWE AG und der Weltgesellschaft zu gute kommen. Sollte es zu Auftragsrückgängen kommen, müssen Mittel vorhanden sein, um das Personal zu halten und Weiterbildung zu finanzieren.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3:
Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008

1. Wir beantragen: Der Vorstand wird wegen seiner verantwortungslosen Atominvestitionen nicht entlastet.

Begründung

Der Konzernvorstand unter Jürgen Großmann verfolgt einen äußerst aggressiven Atomkurs. Dabei hat Sicherheit keinerlei Priorität. Auf der Liste geplanter RWE-Investitionen stehen zwei der gefährlichsten und umstrittensten Atomprojekte Europas ganz oben. In Bulgarien und Rumänien, Länder mit hoher Korruption und niedrigen Sicherheitsstandards, will RWE in den Bau von Atomkraftwerken investieren, die zu Sowjetzeiten geplant wurden und nach deutschen Sicherheitsanforderungen niemals genehmigungsfähig wären.

Im bulgarischen Belene geht es um den Bau von russischen VVER Reaktoren in einem Erdbebengebiet. Obwohl mehr als ein Dutzend internationale Banken eine Finanzierung dieses kontroversen Projekts abgelehnt haben und zahlreiche unabhängige Experten, wie etwa der ehemalige Chef der bulgarischen Atomaufsicht, eindringlich vor den Risiken warnen, will RWE über 1,5 Milliarden Euro in Belene investieren.

Im rumänischen Cernavoda, ein Gebiet, das in den letzten 20 Jahren von vier großen Erdbeben heimgesucht wurde, will RWE zwei Reaktoren des CANDU-Typs bauen. Ähnlich wie die RBMK-Reaktoren von Tschernobyl, zeichnen sich CANDU-Reaktoren durch hohe Reaktivität im Falle eines Kühlmittelverlusts aus. In vielen Ländern –u.a. auch Frankreich, Deutschland, und Japan - werden CANDU-Reaktoren deshalb von den Atomaufsichtsbehörden nicht akzeptiert. RWE will in Cernavoda trotzdem rund 400 Millionen Euro in den Bau dieser gefährlichen Reaktoren investieren.

Mit solchen Plänen gefährdet der RWE-Vorstand nicht nur die Reputation des Konzerns, sondern auch die Sicherheit und Gesundheit von Millionen von Europäern. Zudem sind beide Investitionen wirtschaftlich fragwürdig und ein riskanter Einsatz des Konzernkapitals. Auch von Teilen des RWE-Aufsichtsrats wird diese Investitionsstrategie der RWE-AG kritisch hinterfragt. Herr Großmann lehnt jedoch eine effektive Kontrolle seiner Investitionsstrategie durch den Aufsichtsrat ab und versucht deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung zwischen Aufsichtsrat und Vorstand zu verhindern.

2. Des weiteren beantragen wir: Der Vorstand wird wegen seiner verantwortungslosen Investitionen in Kohlekraftwerke nicht entlastet.

Insbesondere unterstützen wir die Initiative der Bürgerinitiative „Besorgte Borkumer Bürger“, die sich gegen den Bau des Kohlekraftwerks Eemshaven in den Niederlanden richtet, das sich in direkter Nachbarschaft der Insel Borkum befindet.

Die Insel Borkum lebt heute bei mehr als 200.000 Gästen und 2 Mio.

Übernachtungen ausschließlich vom Tourismus.

Für den Touristen sind reine Luft, sauberes Meerwasser, saubere Strände und intakte Natur die entscheidenden Kriterien zur Wahl des Urlaubsortes Borkum.

Die ungewöhnlich hohe Belastung durch die in Eemshaven entstehenden Kohlekraftwerke, vor allem durch das RWE-Kraftwerk, lässt verheerende Schäden in der ausschließlich vom gesundheitsorientierten Gast und Erholung suchenden Touristen lebenden Insel Borkum und in der Region erwarten.

Schäden werden nicht nur durch den enormen CO₂ -Ausstoß von angenommen jährlich 33 Millionen Tonnen verursacht, sondern vor allem durch die 1.750 Tonnen giftigen Feinstäube und 17.500 Tonnen Schwefeldioxid sowie weitere hochgiftige Stoffe wie bspw. Dioxin, Arsen, Quecksilber, Cadmium, Thallium, Nickel und Blei.

Es ist zu erwarten, dass die Insel Borkum ihren Status als Reinluft-Erholungs- und Genesungsort verliert und Gäste künftig die industriell verseuchte Region meiden und in weniger belastete Urlaubsregionen abwandern.